

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 pbn d

Inhalt

Lothar Löffler MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, nach dem Parteitag und der Regierungsumbildung: Sozialdemokraten beweisen Fähigkeit zum Handeln.

Seite 1

Renate Lepsius MdB würdigt Antje Huber: Unter den Rahmenbedingungen ein Optimum erreicht.

Seite 2

Volker Hauff MdB, Bundesverkehrsminister, unterstreicht, daß das Rettungswesen jeden Einzelnen verpflichtet: Gelungene Solidargemeinschaft.

Seite 4

Willfried Penner MdB erläutert die neuen Beteiligungsmöglichkeiten der Bundeswehr-Vertrauensmänner: Mehr Rechte für Soldaten.

Seite 6

Horst Winterstein MdL berichtet vom Plan einer Arbeitsmarkt-Konferenz in Hessen: Reagans Dessaster und Dreggers Programm dürfen nicht Wirklichkeit werden.

Seite 8

37. Jahrgang / 80

28. April 1982

In der Verantwortung

Sozialdemokraten beweisen Fähigkeit zum Handeln

Von Lothar Löffler MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Parteitag und Regierungsumbildung sind bewältigt. Damit hat die SPD ihre Kraft zur Integration und ihre Fähigkeit zum Handeln in schwierigen Zeiten erneut bewiesen. Alle jene, die seit Wochen die SPD und das Regierungsbündnis totzureden versuchen, sind widerlegt.

Der Bundeskanzler hat eine Mannschaft zusammengestellt, die die Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion hat. Bei allen neu berufenen Mitgliedern der Regierung handelt es sich um erfahrene und sachkundige Politiker. Jetzt geht es darum, auf den Grundlagen der in München formulierten Politik dafür zu sorgen, daß unser Land in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht seinen guten Platz im internationalen Vergleich behält und der Frieden gesichert bleibt.

Sozialdemokraten werden sich nicht irremachen lassen. Sie stehen zu Bundeskanzler Helmut Schmidt und seiner Politik, die unlösbar mit den sozialdemokratischen Grundvorstellungen von Solidarität, sozialer Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden verbunden sind.

Die Rechnung der Opposition ist nicht aufgegangen. Sozialdemokraten stellen sich der Verantwortung und bleiben in der Verantwortung.
(-/28.4.1982/ks/ca)

+ + +



Unter den Rahmenbedingungen ein Optimum

Antje Huber bewies Fleiß, Fähigkeit und Realitätssinn

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Sozialdemokratin Antje Huber, einzige Frau im Bundeskabinett, zieht sich heute aus dieser Regierungsverantwortung zurück. Seit Ende 1976 leitete sie das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, mithin jenes Haus, dessen nicht sehr glücklicher Gesamtzuschnitt zwar ständig beklagt, jedoch nie verbessert wurde. Den weitgefächerten Aufgabenbereichen stehen vergleichsweise wenige Kompetenzen, dagegen viele Überschneidungen mit anderen Ressorts gegenüber. Und auch die Öffentlichkeit stellt hohe Erwartungen an dieses Bundesministerium: Direkte materielle Zuwendungen werden für Familien, Kinder und Jugendliche, Kranke, Behinderte, sozial Schwache und Randgruppen der Gesellschaft verlangt, institutionelle Hilfen für Kranke und Gesunde, Abbau von Diskriminierungen für Frauen, ein Höchstmaß an Chancengleichheit für die Jugend, und nicht zuletzt wird ein umfassender Gesundheitsschutz für die Bevölkerung erwartet.

Traditionsgemäß wird die politische Leitung dieses Bundesministeriums einer Politikerin übertragen - deren politische Erfolge - sehr zu Unrecht - daran gemessen werden, inwieweit sie die häufig nicht einmal präzisierten Erwartungen erfüllen kann. Dabei kann jeder Politiker, Antje Huber ist keine Ausnahme, aber nur soviel einlösen, wie der Etat finanziell hergibt. Vergessen hat die Öffentlichkeit, daß der Familienministerin Antje Huber die höchste Steigerung des Kindergeldes in der Geschichte der Bundesrepublik zu verdanken ist. Angesichts knapper Kassen muß dies historisch festgehalten werden.

Antje Huber war in einer Periode ungünstiger Rahmenbedingungen und angespannter Haushaltssituation als Minister nicht eben zu beneiden. Angesichts der erforderlichen Haushaltskürzungen ist sie dafür eingetreten, das Kindergeld nicht pauschal, sondern an der wirtschaftlichen Situation der Eltern auszurichten. Daß ihr ein politischer Durchbruch bei diesem notwendigen Umdenkungsprozeß bis heute nicht gelungen ist, wird Sozialdemokraten anspornen, für dieses Gebot ökonomischer Vernunft zu kämpfen.

Wohl wissend, daß der nach Abzug des Kindergeldes verbleibende Ausgabenetat (zu) schmal bemessen ist, hat Antje Huber politische Zielvorstellungen verwirklicht, diese in Informationen und in Ausklärungsarbeit weitergetragen, von Kindererziehung



Über gesundheitsbewusstes Verhalten, über die richtige Ernährung ebenso wie über das Zusammenleben in der Familie, um nur einige der Themenbereiche zu nennen, für die sie sich engagiert hat. Drogenabhängigen Jugendlichen anstelle von Strafen eine Entzugstherapie anzubieten, war der wesentliche Inhalt des Betäubungsmittelgesetzes. Allen Versuchen, Familienpolitik zu ideologisieren, sie als reine Bevölkerungspolitik abzuqualifizieren, hat sie sich standhaft widersetzt.

Antje Huber, die als Politikerin Kompetenz in Sachfragen besitzt, die im Bundeskabinett häufig genug von den Ministerkollegen im Stich gelassen wurde, hat man in der Öffentlichkeit ungerechtfertigterweise auch gern Kompetenz für jene Fehlleistungen zugewiesen, die andere zu verantworten hatten: Ob dies eine hohe Durchfallquote von Studenten beim Physikum war oder die Streichung des Zusatztaschengeldes für Heimbewohner, oder ob es sich um das Jugendhilfegesetz handelte, das an der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat gescheitert ist.

Wenn man sich dieses merkwürdige Aufgabengebiet eines Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit einmal genauer ansieht, überrascht es wohl kaum, daß männliche Politiker die Leitung eines solchen Hauses, das man gelegentlich auch als "Himmelfahrtskommando" bezeichnet, abgelehnt haben.

Antje Huber hat mit sehr viel Fleiß, Zähigkeit und Sinn für Realitäten unter den gegebenen Rahmenbedingungen ein Optimum erreicht. Eine erfahrene Politikerin kehrt in die Fraktionsarbeit zurück. Die SPD-Bundestagsfraktion wird Erfahrung und Rat von Antje Huber brauchen.

(-/28.4.1982/hl/oa)

+ + +



Gelingene Solidargemeinschaft

Das Rettungswesen verpflichtet jeden Einzelnen

Von Volker Hauff MdB

Bundesminister für Verkehr

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über eines der besten Rettungssysteme der Welt. Dies gilt nicht allein für den technischen Ausbaustand, sondern auch für jenen aufopfernden und qualifizierten Einsatz der Frauen und Männer, die sich dieser großen humanitären Aufgabe verschrieben haben.

Anlässlich des heute beginnenden Rettungskongresses des Deutschen Roten Kreuzes möchte ich meinen Dank gegenüber den Bundesländern, dem Deutschen Roten Kreuz, den anderen freiwilligen Hilfsorganisationen, den Feuerwehren, den Rettungsdienststiftungen, den Automobilverbänden und allen an dieser großen Aufgabe Beteiligten zum Ausdruck bringen. Die Bundesregierung erkennt die großen Leistungen auf diesem Gebiet an. Sie wird sich auch künftig nachdrücklich für eine umfassende Förderung des Rettungswesens einsetzen.

Ein Beispiel: Obgleich es noch keine umfassenden Analysen gibt, die es möglich machen könnten, die Wirksamkeit des Rettungswesens auf Zahl und Komma zu untersuchen, so gibt es doch Schätzungen, nach denen unser Rettungswesen allein schon im Straßenverkehr jährlich etwa 2.300 Unfallopfer vor dem Tode bewahrt und etwa eine Million Behandlungstage in Intensivstationen erspart.

Wir verfügen heute über 224 Rettungsleitstellen und rund 1.500 Rettungswachen, die rund um die Uhr besetzt sind und mit etwa 2.000 Rettungswagen und fast 4.000 Krankentransportwagen ausgerüstet sind. Wenn man dabei noch das gewissermaßen darüber liegende und fast flächendeckende Netz der Rettungshubschrauberstationen berücksichtigt, so läßt sich allein schon aus diesen Feststellungen ableiten, daß es in den letzten zehn Jahren durchaus gelungen ist, ein überaus leistungsfähiges Versorgungssystem aufzubauen.

Der Rettungsdienst ist eine öffentliche Aufgabe im Bereich der Daseinsvorsorge, die nach dem Grundgesetz den Ländern obliegt. Das Unfallrettungswesen ist aber auch gleichzeitig das Musterbeispiel einer Aufgabe, deren Bewältigung nur dann gelingt, wenn auch die vielen mitwirkenden Organisationen in eine bereitwillige und einsichtsvolle Zusammenarbeit eingebunden werden. Die Zusammenarbeit, die hier vorbildlich gelungen ist, reicht von den staatlichen Stellen über die verschiedenen Hilfsorganisationen, über die vielfältigen privaten Initiativen bis hin zum persönlichen Engagement des Bürgers. Kurz: eine lebensrettende Solidargemeinschaft.

Das insgesamt positive Bild schließt nicht aus, daß es Möglichkeiten der Verbesserung gibt. Ich danke dabei zum Beispiel an die Bemühungen zu einer noch besseren Ausbildung des rettungsdienstlichen Personals. Daß noch mehr geschehen könnte und sollte, belegt sich schließlich auch in der Feststellung, daß nur fünf Prozent der Bürger in der Lage sind, Erste Hilfe zu leisten. Nicht selten aber entscheidet die Erstversorgung von Unfallopfern über Leben und Tod. Deshalb sollte sich jeder Bundesbürger in regelmäßigen Abständen an einem Erste-Hilfe-Kurs beteiligen. Dies hat mich auch veranlaßt, den Anstoß zu einer Kampagne zu geben, die vor wenigen Tagen gestartet wurde und erfreulicherweise ein beachtliches Interesse in der Öffentlichkeit gefunden hat.

Ich meine, daß sich in diesem Beispiel eine Feststellung verdeutlicht, die ganz generell für viele andere Bereiche gilt: Das Rettungswesen sollte nicht nur und allein als Aufgabe institutionalisierter Hilfsorganisationen verstanden werden. Das Rettungswesen ist eine Aufgabe, der sich jeder Einzelne von uns verpflichten sollte.

(-/28.4.1982/ks/ca)

Die Seite 5

entfällt aufgrund eines redaktionellen Versehens

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

FEHLANZEIGE

JAHRGANG

37

ZEITUNGSNUMMER

80

DATUM

28.04.82

SEITE

5



Mehr Rechte für Soldaten

Der Vertrauensmann erhält neue Beteiligungsmöglichkeiten

Von Dr. Willfried Penner MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung

Entsprechend der Ankündigung der Regierungserklärung vom 24. November 1980 hat der Bundesminister der Verteidigung ein Konzept zur Verbesserung der Beteiligungsrechte der Soldaten erarbeitet.

Die Motivation des einzelnen Soldaten soll verbessert werden: Er wird stärker als bisher, an Entscheidungen beteiligt. Den Soldaten sollen auf Dauer nicht Beteiligungsrechte vorenthalten werden, die für die übrigen Teile unserer Gesellschaft selbstverständlich sind. Dies erhöht nicht zuletzt die Effektivität der Streitkräfte.

Das Konzept orientiert sich an der bewährten Einrichtung des Vertrauensmannes. Es geht darum, für Soldaten kein minderes, wohl aber ein ihrem Auftrag entsprechendes Recht zu schaffen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und der Deutsche Gewerkschaftsbund bezeichnen die Konzeption als einen wichtigen, notwendigen Schritt, der auch sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Forderungen entspreche.

Das Konzept wird in zwei Schritten verwirklicht: Zunächst durch Erlass einer Zentralen Dienstvorschrift "Der Vertrauensmann", und anschließend durch die Schaffung gesetzlicher Grundlagen.

Die Zentrale Dienstvorschrift "Der Vertrauensmann" tritt am 1. Juli 1982 in Kraft. Auf der Grundlage des geltenden Rechts werden die Beteiligungsmöglichkeiten des Vertrauensmannes ausgeschöpft und abstrakte Vorschriften beispielhaft erläutert. Gleichzeitig wird die Fülle bestehender Einzelregelungen, die sich in verschiedenen Erlassen und Verordnungen finden, zusammengefaßt.

Dem im Umgang mit abstrakten Gesetzesvorschriften in der Regel unerfahrenen Vertrauensmann werden Anregungen gegeben. Sein Handlungsspielraum wird deutlicher, seine Stellung auch dadurch gestärkt.

Wesentliche Punkte sind:

- Die Beteiligung des Vertrauensmannes an der Dienstgestaltung, Diensterteilung und Urlaubsplanung.
- Einführung eines Vortragsrechtes beim nächsthöheren Disziplinarvorgesetzten sofern zwischen dem Vertrauensmann und dem nächsten Disziplinarvorgesetzten keine Einigung erzielt werden konnte.
In diesen Fällen entscheidet der nächsthöhere Disziplinarvorgesetzte.
- Stärkung des Schutzes des Vertrauensmannes, etwa: Während der laufenden Amtszeit darf er nicht versetzt werden. Besondere erzieherische Maßnahmen, wie zum Beispiel das Versagen des Wochenendurlaubes, bedürfen grundsätzlich der Billigung des nächsthöheren Disziplinarvorgesetzten.
- Klarstellung, daß der Vertrauensmann ein eigenes Beschwerderecht hat, wenn er sich in der Erfüllung seiner Aufgaben behindert glaubt.



- Verbesserte Einweisung und regelmäßige Weiterbildung des Vertrauensmannes.
- Verbesserung seiner personellen und materiellen Unterstützung (Unterstützung durch die Dienststelle bei Schreibarbeiten, gegebenenfalls Mitarbeit von Kameraden, Arbeitsgruppen sowie Benutzung von Informationstafeln).
- Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern und Militärpfarrern.

In einem weiteren Schritt soll die Stellung des Vertrauensmannes durch Novellierung verschiedener Gesetze gestärkt werden. Die Vorarbeiten hierzu sind im wesentlichen abgeschlossen. Der Verteidigungsausschuß wird über den Sachstand heute informiert.

Es sind dies im wesentlichen folgende Regelungen:

- Dem Vertrauensmann wird ein neues Betätigungsfeld eröffnet. Er ist grundsätzlich vor Entscheidungen über Personalmaßnahmen zu hören, soweit der betroffene Soldat das wünscht. Von der Anhörung werden nur die Maßnahmen ausgenommen, bei denen vom Gesetz her kein Ermessensspielraum gegeben ist (zum Beispiel Entlassungen wegen Ablauf der Dienstzeit), Maßnahmen, die sich auf Dienstposten der Besoldungsgruppe A 16 und höher beziehen (dies entspricht den Regelungen des Bundespersonalvertretungsgesetzes) und Beurteilungen.
- Anhörung des Vertrauensmannes in disziplinargerichtlichen Verfahren. Bisher ist diese Anhörung nur vor Verhängung einer einfachen Disziplinarmaßnahme vorgesehen.
- Verbesserung der Beteiligungsrechte von Mannschaften in personalratsfähigen Dienststellen. In solchen Dienststellen, zum Beispiel Ämter und Bundeswehrkrankenhäuser, werden Soldatenvertreter nach den Bestimmungen des Bundespersonalvertretungsgesetzes gewählt. Auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes können Mannschaftsdienstgrade de facto weder ihr passives noch ihr aktives Wahlrecht ausüben. Mithin sind ihre Rechte ungenügend gewahrt. In Zukunft wählen daher auch sie Vertrauensmänner.
- Zulassung als Vermittler im Beschwerdeverfahren. Dem Beschwerdeverfahren ist die Möglichkeit der Vermittlung vorgeschaltet. Der Vertrauensmann ist als Vermittler bisher ausdrücklich ausgeschlossen.
- Schärfere Anforderungen an den Verlust des passiven Wahlrechtes. Bisher war ein Soldat als Vertrauensmann nicht wählbar, sofern er mit Arrest bestraft war. Nach der neuen Regelung bedarf es künftig eines Richterspruches, der die Wahrnehmung öffentlicher Ämter generell ausschließt.
- Verkleinerung der Wahlbereiche in den Fällen, in denen die Größe beziehungsweise weiträumige Dislozierung dem Vertrauensmann die Wahrnehmung seiner Befugnisse erschwert. Bisher muß ein Vertrauensmann in ungünstigen Fällen für mehrere hundert Soldaten tätig werden.

Über diese beispielhaften Änderungen hinaus ist geplant, eine Reihe von Einzelbestimmungen des Soldatengesetzes, des Vertrauensmännerwahlgesetzes, der Wehrbeschwerdeordnung und der Wehrdisziplinarordnung zu novellieren.

Die Novelle verdient, wenn sie auf den parlamentarischen Weg gebracht worden ist, als wichtiger Beitrag zur Konkretisierung eines Verfassungsziels eine zügige Behandlung und breite Zustimmung.

(-/18.4.1982/ks/oa)

+ + +



Hessen-SPD beruft Arbeitsmarkt-Konferenz ein

Reagans Desaster und Dreggers Programm dürfen nicht Wirklichkeit werden

Von Horst Winterstein MdL

Vorsitzender der hessischen SPD-Landtagsfraktion

In ihrer ersten Sitzung nach dem Münchner Parteitag hat die SPD-Landtagsfraktion am Dienstag in Wiesbaden beschlossen, am 15. Juni im Hessischen Landtag eine breit angelegte Konferenz über Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu veranstalten. In dieser Konferenz sollen im Gespräch mit allen verantwortlichen Gruppen und unter Anhörung führender Wissenschaftler sowohl die kurz- als auch die langfristigen Probleme des Arbeitsmarktes erörtert werden. Wir werden dabei die von unserem Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Holger Börner, vorgelegten Denkanstöße für Vollbeschäftigung und Sozialen Frieden und die Beschlüsse des Münchner Parteitages dazu in die Diskussion einbringen.

Hessens gute Ausgangslage ist in Gefahr! Warum? Wir haben eine gute Position Hessens bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wie aus einer jüngst veröffentlichten Studie führender Arbeitsmarktforscher in der Bundesrepublik hervorgeht, hat Hessen, sowohl die Entwicklung der letzten Jahre, als auch die Prognose für 1982 betreffend, nach Baden-Württemberg die niedrigste Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik.

Das ist die Konsequenz aus einer über dreißigjährigen Wirtschafts- und Strukturpolitik unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung. Jetzt aber wollen Vertreter einer neokonservativen Wirtschaftspolitik diese Erfolge zunichte machen. Ich sage hier offen: Reagans Desaster ist Dreggers Programm, und dieses Programm darf für Hessen nicht Wirklichkeit werden.

Die zentralen Entscheidungen von US-Präsident Reagan in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie Steuersenkungen, Entlassungen im öffentlichen Dienst, Zurücknahme der staatlichen Investitionen, haben inzwischen zu einer nie geahnten Massenarbeitslosigkeit und zur Finanzkrise des Staates geführt. Die Entwicklung in Großbritannien, dessen Regierung die gleiche Politik verfolge, läuft in dieselbe gefährliche Richtung.

Wir hören von Alfred Dregger und anderen in der CDU, genauso wie von Ronald Reagan und Frau Thatcher, der Staat müsse sich nur aus seiner Verantwortung für die Beschäftigung zurückziehen, dann lösten sich alle Probleme von selbst. Aber gegen diese Politik haben jetzt in USA sogar die Verbände der Unternehmer Front gemacht, ganz abgesehen von der maßlosen Enttäuschung und Unsicherheit, die sich im Volk breitmacht.

Die SPD-Fraktion sieht deshalb für Hessen große Gefahren, wenn ein solches Programm verwirklicht werden sollte. Die gute Ausgangsposition wird zunichte gemacht, wenn einseitig nach dem von Dregger jüngst im CDU-Organ "Hessen-Kurier" veröffentlichten Motto verfahren wird: Der Staat tut nichts, der Markt erledigt alles.

Der Staat muß in der Verantwortung bleiben

Die vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote in Hessen ist noch immer erheblich zu hoch. In den 80er Jahren kommen neue Herausforderungen hinzu, die staatliches Handeln unabdingbar machen. So werden in den nächsten Jahren geburtenstarke Jahrgänge aus den Schulen entlassen und nach Ausbildung und Arbeit fragen. Infolge der massiven Strukturprobleme ist aber nicht automatisch ein entsprechender Anstieg der Arbeits-



plätze zu erwarten. So muß in zwei Hauptschwerpunkten der hessischen Industrie noch in den 80er Jahren mit einschneidenden Änderungen gerechnet werden. Dies sind die Automobilindustrie und der Dienstleistungsbereich, auf den die Rationalisierungswelle jetzt voll zuläuft. Diese Entwicklung hat insbesondere für den Ballungsraum Rhein-Main große Bedeutung, zwar führt an der Rationalisierung, auch wegen der Exportkonkurrenz der Wirtschaft, kein Weg vorbei, die Entwicklung darf jedoch nicht sich selbst überlassen werden, will man in Zukunft das Grundrecht der Menschen auf Arbeit verwirklichen.

Nach unserer Auffassung gilt der alte Satz "Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten" nach wie vor. Die Politik der SPD bleibt deshalb darauf abgestellt, durch staatliche Investitionen wichtige Impulse für die Wirtschaft zu geben und ein bürgernahes Dienstleistungsangebot in den Bereichen Umwelt, Bildung, Gesundheit und Verkehr zu sichern. Wir müssen insbesondere der jungen Generation den Einstieg in die Gesellschaft ermöglichen und die von Holger Börner geforderte Beschäftigungsbrücke bauen.

SPD verhandlungsbereit

Die SPD-Landtagsfraktion wird in der Beschäftigungskonferenz offen für alle sachlichen Diskussionsbeiträge sein. Sie ist bereit, über ihre Denkanstöße und Forderungen sowie über ihre Analyse des Arbeitsmarktes und ihrer Finanzierungsvorschläge auch kritisch mit sich reden zu lassen. Was jedoch nicht hingenommen werden kann, ist eine oberflächlich polemische Auseinandersetzung über die Köpfe der Betroffenen hinweg. Die SPD hat als erste politische Partei konkret Vorschläge auf den Tisch gelegt. Nun können wir zu Recht ernsthafte Vorschläge der anderen demokratischen Parteien darüber erwarten, wie sie die Arbeitslosigkeit abbauen und wie sie neue Arbeitsplätze für junge Menschen schaffen wollen. Nicht jede von uns vorgeschlagene Lösung muß die einzig machbare sein. Wir sind verhandlungsbereit. Unsere Vorstellungen liegen auf dem Tisch. Wir hoffen, daß nun andere hinzukommen. Die von Alfred Dregger jedoch immer wieder als Allheilmittel genannten Großprojekte - von der Koalition in Angriff genommen - helfen da wegen ihrer langfristigen Verwirklichungsphase jedoch nicht weiter. Wer das Gegenteil behauptet, betreibt Gesundheitsbererei.

Die hohen Kosten, die die Unterbeschäftigung in der Bundesrepublik verursacht - 1982 voraussichtlich rund 48 Milliarden Mark an Ausfällen und Mehrausgaben (entgangene Steuereinnahmen, weniger Einnahmen bei Kranken- und Rentenversicherung und Aufwendungen der Bundesanstalt für Arbeit. Und die Tatsache, daß vor diesem Hintergrund führende Arbeitsmarktforscher Beschäftigungsprogramme fordern und auf den zentralen Aspekt der "Selbstfinanzierung" hinweisen, werden in der beschäftigungspolitischen Konferenz am 15. Juni nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion für die breite Öffentlichkeit klar herausgearbeitet werden.
(-/28.4.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

